

in Nigeria zur Sprache. Darüber hinaus thematisiert er zivilgesellschaftlichen Protest in Togo, Guinea und im Senegal und führt in diesem Zusammenhang Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte sowie Beschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit auf. Schließlich beschreibt er die Bedeutung der *westafrikanischen Wirtschafts- und Entwicklungsgemeinschaft* (ECOWAS) im Rahmen der regionalen Integration.

Exemplarisch für die Länderartikel zu Westafrika ist der informative Beitrag von *Bruce Whitehouse* über Mali. Er veranschaulicht Zusammenschlüsse islamistischer Gruppen, deren Angriffe auf Friedenstruppen, die zahlreiche Menschenleben kosteten, und das Bemühen der ECOWAS-Staaten und der EU, dem Terror durch sicherheitspolitische Maßnahmen, etwa in der Polizei- und Truppenausbildung, gegenzusteuern. Zudem benennt er den Kontrast zwischen hohen Erträgen in der Baumwollproduktion und entsprechenden Deviseneinnahmen einerseits und mangelnder Grundversorgung von Kindern in den von Islamisten bedrohten Landesteilen andererseits.

Im vierten Teil zu Zentralafrika stellt *Andreas Mehler* einleitend wichtige Entwicklungen vor; dazu zählen Wahlen in Kongo (Brazzaville) und Äquatorialguinea, die keineswegs als frei und fair eingestuft wurden. Außerdem geht er auf die gewaltsame Niederschlagung von Protesten in Kamerun ebenso ein wie auf die durch fortdauernde bewaffnete Auseinandersetzungen bedingten, hohen Vertriebenen- und Flüchtlingszahlen in der Zentralafrikanischen Republik.

Daran anschließend erklärt Mehler in einem weiteren Beitrag über dieses Land fundiert die Kontexte der dortigen gewaltsamen Konflikte, die auch durch Einflussnahmen aus den Nachbarländern in Gang gehalten wurden. Deshalb sei hier der Artikel von *Janosch Kullenberg* über die Demokratische Republik Kongo genauer vorgestellt. Er widmet sich der Parteienlandschaft, den verschobenen Wahlen und der Vermittlerrolle der Katholischen Kirche im Konflikt um die überfällige Abdankung des Langzeitherrschers Joseph Kabila sowie der daraus resultierenden politischen Destabilisierung. Kullenberg geht auf die Gründe für die Gewalt in der Kasai-Region und in der Provinz Nordkivu ein. Der Politologe listet Menschenrechtsverbrechen durch staatliche Sicherheitskräfte und unterschiedliche Milizen auf, die teilweise von Uganda und Ruanda unterstützt wurden. Vor diesem Hintergrund zeigt er die strukturellen Schwierigkeiten der UN-Stabilisierungsmission MONUSCO auf.

Auch die Kapitel über das östliche und südliche Afrika sowie die darin enthaltenen Länderartikel sind fundiert, differenziert und faktenreich. Insgesamt bietet das Jahrbuch eine wichtige Informationsgrundlage für Afrikainteressierte. Zur weiterführenden Lektüre wäre eine Auswahlbibliographie wünschenswert gewesen.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i2.16>

Fanny Pigeaud & Ndongo Samba Sylla: *L'arme invisible de la Françafrique. Une histoire du franc CFA*. Paris: La Découverte 2018, 227 Seiten

War die in *PERIPHERIE*, Nr. 148 (2017, S. 513-515) besprochene, von Kako Nubukpo u.a. herausgegebene Streitschrift *Sortir l'Afrique de la servitude monétaire. À qui*

*profite le franc CFA?* mehr ein Appell, der insbesondere Unterstützer\*innen aus den Reihen der politischen Elite in Westafrika und in der französischen Diaspora zu mobilisieren hoffte, wendet sich das hier zu besprechende Buch eher an ein breites Publikum, das sich zwar für Fragen der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien in Afrika interessiert, aber über kein oder nur wenig spezielles Wissen zu Währungsfragen bzw. konkret zum *Franc CFA* (F-CFA) verfügt.

Die Darstellung der Materie folgt daher zunächst dem Lauf der Geschichte (Abschnitt 1) und erklärt im Abschnitt 2 die vier Funktionsprinzipien des F-CFA. Abschnitt 3 bietet eine sehr kenntnisreiche, geradezu spannende Schilderung jener Versuche, die von Sékou Touré in Guinea bis Thomas Sankara in Burkina Faso danach strebten, den F-CFA und damit die französische post-kolonialen Einflusszone zu verlassen. Von Wirtschaftssabotage, politischer Erpressung bis Auftragsmord bringen Fanny Pigeaud & Ndong Samba Sylla anhand konkreter Fälle das gesamte neo-koloniale Instrumentarium zur Sprache. Die Abschnitte 4 bis 7 befassen sich schließlich mit der Rolle Frankreichs im F-CFA-System, mit der Bedeutung des F-CFA für das Bündnis zwischen Frankreich und seinen Ex-Kolonien (*Françafrique*) sowie mit grundsätzlichen Überlegungen zur Rolle nationaler Währungen im Entwicklungsprozess. Nicht zuletzt geht es um die Bedingungen und Konsequenzen einer Abkehr von diesem Währungsgebilde, dass die französische Kolonialherrschaft in Afrika und auf den Komoren überdauert hat und das heute eher dysfunktional für die Länder West- und Zentralafrika geworden ist.

Der *Franc CFA* – oder wie er einst hieß: der *Franc der französischen Afrikakolonien* – wurde Ende 1945 geschaffen, um die wirtschaftlichen Beziehungen der französischen Kolonien untereinander und mit dem Mutterland zu erleichtern, vor allem aber, um die zu dieser Zeit noch kolonial unterjochten Volkswirtschaften, besonders deren Ressourcen, zu kontrollieren sowie die Expansion des französischen Kapitals zu unterstützen.

Das F-CFA-System selbst beruht auf vier Säulen: der von Frankreich garantierten unbegrenzten Umtauschbarkeit (1) von F-CFA in Euro (früher Franc Français) zu einem festen Wechselkurs (2) bei uneingeschränkter Mobilität des Kapitals (3) sowie der Zentralisierung der Währungsreserven (4) bei der französischen Zentralbank bzw. dem französischen Schatzamt (*Trésor français*). Dafür sind die operativen Konten, die die F-CFA-Mitgliedsländer beim *Trésor français* unterhalten müssen, von zentraler Bedeutung. Da sie 50 % ihrer Devisenreserven über diese Konten in Frankreich festlegen müssen, alle Devisentransaktionen erzwungenermaßen über Paris laufen und die Kontenstände über längere Zeiträume nicht negativ werden können – sonst würde der Wechselkurs angepasst, d.h. der F-CFA abgewertet –, garantieren genau genommen nicht Frankreich, sondern die F-CFA-Länder selbst die unbeschränkte Konvertibilität des F-CFA zum Euro.

Daraus folgt die freilich paradoxe Tatsache, dass es der Garantie Frankreichs überhaupt nicht bedürfte, um den nach französischer Lesart wesentlichen Vorteil für die früheren Kolonien: die unbeschränkte Konvertibilität zum Euro, aufrechtzuerhalten. Warum ist es diesem Staat als einziger früherer Kolonialmetropole trotzdem

gelingen, „sein Geld und zwar ausschließlich sein eigenes Geld“ (53) als Währung in den heute politisch unabhängigen Ländern durchzusetzen?

Dafür gibt es aus der Sicht der Autorin & des Autors – jedenfalls soweit es Frankreich betrifft – sehr triftige wirtschaftlich Gründe, denen mithilfe spezifischer institutioneller Arrangements zur Geltung verholfen wurde. Was die Letzteren angeht, so ist es Frankreich immer gelungen, in der F-CFA-Zone dauerhaft eine Sonderrolle zu spielen, obwohl es rein formell auch nur deren einfaches Mitglied ist. Das beginnt bereits damit, dass das Land kein operatives Devisenkonto beim *Trésor français* unterhält. Auch hat es 1972/73 zwar sein ursprüngliches Veto-Recht in den regionalen Bankaufsichtsgremien der F-CFA-Zonen in West- und Zentralafrika und auf den Komoren aufgegeben, aber durchgesetzt, dass alle wichtigen Beschlüsse zukünftig einstimmig gefasst werden müssen – was de facto einem Veto-Recht gleichkommt. Die grundlegenden Entscheidungen über Währung und Wechselkurs werden am Ende von Frankreich getroffen, das zudem die alleinige Zuständigkeit für das F-CFA-System innerhalb der Eurozone bzw. gegenüber der Europäischen Zentralbank hat.

Die volle Bedeutung dieser institutionellen Regelungen offenbart sich allerdings erst angesichts der gravierenden Vorteile, die der F-CFA Frankreich wirtschaftlich bietet. Die Liste ist lang. Sie beginnt damit, dass die französische Wirtschaft mittels des F-CFA faktisch Zugang zu einer ganzen Reihe von (mineralischen) Ressourcen (nicht zuletzt Uran, mit dem es mehr als 60 % seiner Elektrizität erzeugt) hat, ohne dafür Devisen in die Hand nehmen zu müssen. Ferner besteht keinerlei Wechselkursrisiko für die Profite, die zugunsten französischer Unternehmen aus Afrika abfließen. Den wichtigsten ökonomischen Hebel stellt jedoch das System der operativen Konten dar. Damit sind die F-CFA-Länder faktisch jederzeit erpressbar, weil „ein einziger Finanzbeamter in Frankreich jederzeit ein (afrikanisches) Land komplett blockieren kann“ (152). Damit ist politischer Erpressung mit währungspolitischen Mitteln Tür und Tor geöffnet – gemeint ist schlicht jener Mechanismus, den bekanntlich die „Troika“ aus IWF, EZB und EU-Kommission auch in der Griechenlandkrise angewendet hat.

Aber auch für bestimmte soziale Gruppen in Afrika ist der F-CFA durchaus vorteilhaft. Das betrifft, neben dem Gewinn, der von Zwischenhändlern aus zum Teil bemerkenswerten Preisunterschieden bei Import hochwertiger Güter gezogen wird, vor allem den unbegrenzten Kapitaltransfer. Damit ist der F-CFA nicht nur jederzeit in Weltgeld transferierbar, er kann von den Eliten auch in unbegrenzter Menge außer Landes geschafft und dort aufgeschätzt werden. Und so kommen die Autorin & der Autor schließlich zu der Einsicht: „Der Anachronismus des Franc CFA überlebt bis heute, weil er sowohl den Interessen Frankreichs und denen der herrschenden afrikanischen Klassen dient“ (214).

Auch wenn damit selbstverständlich nicht alle wirtschaftlichen Probleme gelöst sind, muss der F-CFA nach Meinung von Pigeaud & Sylla abgeschafft werden, weil er als Inbegriff neo-kolonialer, monetärer Abhängigkeit aus vielerlei Gründen (vgl. Abschnitt 6) mögliche Fortschritte blockiert. Dass dies gerade in den letzten Jahren immer offensichtlicher wird, hängt vor allem damit zusammen, dass der F-CFA heute

an den Euro gebunden ist. Solange er nur an den französischen Franc gekoppelt war, führte dessen stetiger Wertverlust gegenüber den internationalen Leitwährungen D-Mark und US-Dollar zu relativ günstigen Wettbewerbsbedingungen für die Exporte der F-CFA-Länder. Dies änderte sich jedoch dramatisch mit der Einführung des Euro, in deren Folge der F-CFA massiv aufwertete. Dadurch stiegen insbesondere die Preise für Waren aus den afrikanischen Ländern drastisch; daraufhin brachen die Exportumsätze deutlich ein.

Trotz dieser durchaus bekannten Zusammenhänge, die die Autorin & der Autor getreulich rekapitulieren, bleibt die Lage insgesamt verfahren – den harten wirtschaftspolitischen Argumenten steht auch weiterhin der hartnäckige Unwille der wirtschaftlich und politisch Mächtigen gegenüber. Ein Ende des F-CFA-System ist daher nicht abzusehen.

Auch schwant Pigeaud & Sylla, dass dieses Ende wohl mit einigen Unwägbarkeiten einherginge, die zumindest Zweifel an seiner Wünschbarkeit aufkommen lassen können. Deshalb schlagen sie – quasi sicherheitshalber – drei Bedingungen für das Ende und das Danach vor. Erstens fordern sie eine verantwortungsvolle Geldpolitik (*bonne gestion monétaire*) – „was jedoch nicht heißt, dass Geldpolitik rein ‚passiv‘ interpretiert werden sollte“ (214). Zum zweiten müsse ein Bruch mit dem System F-CFA vollständig und endgültig sein. Die Regierenden müssten vorbehaltlos die Verantwortung übernehmen und sich der ganzen Tragweite dieser Entscheidung bewusst sein. Es komme darauf an, „eine tatsächliche finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen“ (216). Diese könne drittens nur im Rahmen „des viel größeren Projekts der Wiederaneignung der Mittel für eine reale wirtschaftliche Unabhängigkeit“ (217) erlangt werden.

Soweit das hehre Ziel und die Imperative für die Zeit nach dem Ende des F-CFA-Systems – von der allerdings (noch) keiner weiß, wann und unter welchen Bedingungen sie anbrechen wird.

Arndt Hopfmann

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i2.17>

Eva Gerharz, Nasir Uddin & Pradeep Chakkarath (Hg.): *Indigeneity on the Move. Varying Manifestations of a Contested Concept*. New York, US-NY & Oxford: Berghahn Books 2018, 326 Seiten

Spätestens seit 2007 die UN ihre Erklärung über die Rechte der indigenen Völker verabschiedet hat, erfährt das Konzept der Indigenität global Anerkennung. Ein Revival in akademischer Hinsicht erlebte das Thema zuletzt durch die Debatte um *buen vivir*; ein aus dem lateinamerikanischen Raum stammendes indigenes Konzept, welches – alternativ zu westlichen Lebensformen – Natur und Gemeinschaft in den Mittelpunkt seiner Auffassungen zu einem „guten Leben“ rückt. Diese Diskurse um indigene Lebensweisen sind nicht widerspruchsfrei und werden von NGOs, Staaten, AktivistInnen, AkademikerInnen und natürlich nicht zuletzt Indigenen selbst umstritten diskutiert – und eben jene Debatten thematisiert der vorliegende Sammelband. Anhand detailreicher Beispiele aus Asien, Afrika und Lateinamerika